

Verein „Sicherung des Friedens“

Jahresthema 2017 „Freiheit – wieviel dürfen wir opfern für Sicherheit und Frieden“

Zweiter Vortrag des Jahres 2017 am 3. April 2017 in der Hanns-Seidel-Stiftung:

SICHERHEIT AN EUROPAS GRENZEN – AUFGABEN UND ENGAGEMENT DER BUNDESPOLIZEI

DR. KARL-HEINZ BLÜMEL, PRÄSIDENT DER BUNDESPOLIZEIDIREKTION MÜNCHEN

Aufgrund des Namens und der christlichen Ausrichtung des Vereins „Sicherung des Friedens“ stellt sich dem Vortragenden die Frage, ob Christsein und Bundespolizei zusammenpassen und bejaht dies, aufgrund des Mitgefühls der Mitarbeiter und Kollegen. Außerdem ist der Vortrag beschränkt auf bundespolizeiliche Themen wie Schleuserkriminalität und (Binnen-) Migration und enthält keine politischen Aussagen.

Der Vortrag umfasst die vier Teile: Bundespolizei, illegale Migration, Grenzschutz in Europa und internationales Engagement der Bundespolizei.

Bundespolizei

Die Bundespolizei umfasst ca. 40.000 Personen, davon 33.000 Polizeivollzugsbeamte und 7.000 in der Verwaltung Tätige. Dazu kommen noch 5.000 Anwärter, die sich momentan in der Ausbildung befinden, weil 7.000 zusätzliche Planstellen bewilligt worden sind und in nächster Zeit besetzt werden. D. h. die Bundespolizei wird personell stärker – weil eben diese neugeschaffenen Stellen mehr sind als nur die Neubesetzung der freiwerdenden Stellen, was ein Schlaglicht auf das heutige Thema wirft. Von den Anwärtern sind ein Viertel Frauen und 10 % haben Migrationshintergrund.

Kernaufgaben der Bundespolizei sind¹:

- der Grenzschutz (ehemals Bundesgrenzschutz);

¹ Siehe Bundespolizeigesetz §§ 1-13 (Aufgaben und Verwendungen).

- der Schutz der Bahnanlagen (ehemals Bahnpolizei);
- die Luftsicherheit, in der eine aktuelle Gefährdungslage besteht;
- dazu kommt noch der Schutz von bestimmten Bundesbehörden (Bundesorganen).

Grenzpolizei bedeutet: Polizisten der Bundespolizei sind die Ersten, die einreisende Extremisten, und sie sind die Letzten, die ausreisende Radikalisierte feststellen können!

Besondere Aufgaben sind der Schutz von Bundesorganen wie Bundeskanzleramt und Bundesverfassungsgericht und Auslandseinsätze.

Standorte der Bundespolizei sind:

Die Zentrale ist in Potsdam, dort sitzt auch der Präsident des Bundespolizeipräsidiiums Dr. Dieter Romann;

- die Bundespolizeibehörden sind das Bundespolizeipräsidium in Potsdam, die Bundespolizeidirektionen, wie zum Beispiel hier in München, und die Bundespolizeiakademie in Lübeck;
- die einzelnen Standorte sind verteilt auf die Länder, die jeweilige Zuständigkeit entspricht meist den Ländern;
- dazu kommen noch die Bundesbereitschaftspolizei,
- der Flugdienst und
- die Sondertruppe der GSG 9.

Illegale Migration

Illegale Migration ist ein welt- und europaweites Phänomen; die Behandlung ist jeweils unterschiedlich (siehe dazu die Berichte in den Medien):

- In Australien heißt die Strategie „No Way“ – nur wer legal einreist, darf bleiben;
- in den USA soll durch den von Präsident Donald Trump im Wahlkampf versprochenen Grenzzaun die Migration von Mexikanern unterbunden werden;

- in Europa gibt es zum einen den sog. „Dschungel“ am Eurotunnel in Calais – dessen Vorhandensein (und der Wunsch der dort Ausharrenden, nach Großbritannien zu kommen) könnte bei der Brexit-Entscheidung eine Rolle gespielt haben – und zum anderen den Ansturm auf die in Marokko gelegenen spanischen Städte Ceuta und Melilla;
- der UNHCR geht für 2016 von ca. 6.000 Toten aus, die bei (dem Versuch) der Überfahrt sterben, denn viele Schleuserboote sind seeuntauglich und überladen, sie spekulieren auf Rettung durch die Europäer (einerseits haben die Schleuser ihr Geld von den Migranten schon erhalten und deren weiteres Schicksal interessiert wenig, andererseits mischen sie sich unter die Migranten, um nicht gefunden zu werden);
- Ungarn und Serbien haben ihre Grenzen wegen der Migranten geschlossen;
- und auch die Türkei hat die Grenzen zu Syrien geschlossen;
- an die Bilder aus den bayerischen Grenzorten wie Wegscheid oder Freilassing aus dem Jahr 2015 erinnern wir uns alle noch.

Die Zahlen illegaler Migration sind von 22.000 Personen im Jahr 2011 gestiegen auf 865.000 im Jahr 2015. Daraus hat sich eine öffentliche Diskussion zum Umgang damit entwickelt – von der Willkommenskultur bis hin zu Pegida²-Demonstrationen. Jedenfalls wurden daher am 13.9.2015 die Grenzkontrollen wieder eingeführt, bis Mitte Mai 2017 (so der momentane Stand, wie es weitergehen wird, muss die Politik entscheiden). Der Rückgang der Flüchtlingszahlen ab 2016 beruht auf der Teilschließung der Balkanroute, trotzdem aber sind die Zahlen höher als je von 2015. Was auch an der Zahl der Asylerstanträge abzulesen ist: 2015 waren es 442.000, 2016 waren es 722.000 – die Zusammensetzung der Herkunftsländer war aber unterschiedlich: 2015 waren es 36 % Syrer, 12 % Albaner, insgesamt ein Viertel aus dem Balkan und 2016 waren es mehrheitlich Syrer, gefolgt von

² Zur Erinnerung: Pegida ist die Abkürzung für „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands“.

Personen aus dem Iran, Irak und Afghanistan, 2,6% Eritreer, 1,8% Nigerianer. Die Zahl der unerlaubten Grenzübertritte betrug 2015 1,8 Millionen und 2016 511.000.

Die Hauptrouten der illegalen Migration sind (nach dem Frontex-- Jahresbericht 2016):

- die ostmediterrane Route, die über den westlichen Balkan verläuft und hauptsächlich von Syrern, Irakern und Afghanen genutzt wird; hierüber erfolgt auch die Sekundärmigration;
- die zentralmediterrane Route über Libyen und Italien, das waren 2015 150.000 und 2016 181.000 Migranten, viele stammten aus Nigeria und Eritrea;
- und die westmediterrane Route über Spanien;
- die gesamte Migration aus dem subsaharischen Afrika verläuft über Libyen (dessen Staatlichkeit zweifelhaft bis nicht vorhanden ist) und das Mittelmeer.

Sekundärmigration

Sekundärmigration bedeutet, dass die Migranten nicht in dem Staat bleiben, in dem sie zuerst eingereist sind (Ankunftsstaat). Unerlaubte Einreisen aus der Schweiz haben deutlich zugenommen, was die steigende Bedeutung der zentralmediterranen Route anzeigt, weshalb auch hier die Grenzkontrollen wieder eingeführt wurden.

Umsetzung der Grenzkontrollen

An den Autobahnen in Richtung Österreich, A 93, A 8 und A 3, gibt es Grenzkontrollpunkte, die 24 Stunden besetzt sind – die auch nicht umfahren werden können durch Verlassen der Autobahn kurz vor der Grenze, denn auch dort auf Nebenstrecken wird kontrolliert. Bei diesen Kontrollen wurden 1.500 Straftaten festgestellt, davon 1.000 unerlaubte Einreisen, und 2.500 Fahndungstreffer, davon 450 Ausschreibungen zur Strafvollstreckung. Neben den genannten stationären Grenzkontrollstellen gibt es noch flexible Kontrollen, die verdeckt erfolgen.

Dazu gehört auch die Überwachung des Bahnverkehrs, was durch trinationale Streifen mit Österreich und Italien in den Zügen in Richtung

Brenner und mit Österreich und Ungarn in den Zügen Richtung Budapest erfolgt.

Grenzschutz in der EU

Der Grenzschutz der EU wird bestimmt durch die Taktik der Vorverlagerung, mit den Grenzen beschäftigt sich das Schengener Durchführungsabkommen (SDÜ). was bedeutet, dass an den Außengrenzen der EU nach einheitlichem Standard kontrolliert wird. Im Binnenland, innerhalb der Grenzen wird, gemeinsam mit der bayerischen Landespolizei, nur in Stichproben kontrolliert. Das Schengener Informationssystem (SIS II) beinhaltet europaweite Ausschreibungen; das Dubliner Übereinkommen regelt die Asylfragen, die Zuständigkeit für den Asylantrag hat der Einreisestaat. Diese Rechtsgrundlagen müssen umgesetzt werden, dafür gibt es Agenturen, das „European Agencies Network“.

Die Bundespolizei ist beteiligt an:

- Europol, das europäische Polizeiamt in Den Haag, mit europaweiten kriminalpolizeilichen Aufgaben wie Ermittlungen und Informationen;
- Eurojust, die europäische Einheit für justizielle Zusammenarbeit, die die nationalen Justizbehörden koordiniert; dazu gehören auch Joint Investigation Teams (JIT);
- Cefpol (Collège Européen de Police), die europäische Polizeiakademie, für Fortbildung der Beamten;
- dazu kommen noch: EASO für Asylfragen in Valletta, Malta, Frontex für die Zusammenarbeit an den Außengrenzen in Warschau, eu-LISA für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen in Tallinn, Estland, um nur einige zu nennen.

Frontex

Frontex (abgekürzt von frontières extérieures) ist die europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der EU-Mitgliedsstaaten, die beruhend auf dem Schengener Grenzkodex gemeinsame Handlungskompetenzen entwickelt. Das wird umgesetzt in gemeinsamen

Aktionen, Risikoanalysen, es geht um Ressourcenbündelung und rasche Reaktionen, wie gemeinsame koordinierte Rückführungen (diese sind deutlich effektiver als einzelstaatliche), Informationsaustausch, Forschung und Entwicklung und Fortbildung. Deren Bedeutung steigt ständig, Frontex hat momentan 420 Mitarbeiter, in drei Jahren sollen es circa 1.000 sein. Im Schengener Informationssystem (SIS II) ist vorgegeben, wie bei einem Treffer zu verfahren ist – ein Beispiel: hat ein Syrer Ausweis-Dokumente aus dem IS-Herrschaftsbereich, werden diese hierin ausgeschrieben.

Dazu kommen noch Eurodac, in dem die Fingerabdrücke von Asylbewerbern (europaweit) gespeichert werden; VIS, das Visa-Informationssystem: ob der, der das Visum beantragt auch derjenige ist, der er vorgibt zu sein; Eurosur ist das Netzwerk zum Informationsaustausch, basierend auf Hightech-Überwachungssystemen aus der Luft und dem All, dazu gehören auch EMSA (European Maritime Safety Agency) und SatCen, EU Satellite Centre.

Beteiligung der Bundespolizei an Frontex, beschränkt auf den Einsatz im Mittelmeer:

- *Mare Nostrum*: aufgrund der Flüchtlingskatastrophe am 3.10.2013 vor Lampedusa war dies eine Seenotrettungsaktion (nur) Italiens – Kritik: durch diesen Einsatz würde Schleppern die Arbeit erleichtert;
- *Triton*: Schutz der Außengrenzen vor Italiens Küsten, ausgeweitet auf 138 Seemeilen südlich Siziliens, bis zum 31.12.2016 wurden hierbei 588 Schleuser festgenommen und 20,7 Tonnen Drogen sichergestellt;
- *Poseidon*: Einsatzgebiet war das östliche Mittelmeer, es ging um technische und personelle Unterstützung Griechenlands, die Sicherung der Seegrenzen Griechenlands zur Türkei und an den griechischen Inseln, hierbei wurden 399 Schleuser festgenommen und 2,8 Tonnen Drogen sichergestellt; in Griechenland ist die Bundespolizei tätig auf Lesbos, Kos, Samos und an Fähr- und Flughäfen, sie stellt auch Fachkräfte für Urkunden und zwei Schiffe bereit;
- *EUNAVFOR MED (Operation SOPHIA)*: die Abkürzung bedeutet: European United Naval Force – Mediterranean, das ist eine

militärische Aktion seit dem 22.6.2016, südliche Frontex-Operation mit der Befugnis, Boote zu durchsuchen, aber keine Strafverfolgung, eventuelle Straftäter sind an die italienischen Behörden zu übergeben; dazu gehört auch die Zerstörung von Booten der Schleuser und die Ausbildung der libyschen Küstenwache;

dabei ist es bei der Schleusung von drei Geisterschiffen – die seeuntüchtig sind und von den Schleusern vollgepackt aus Richtung Türkei nach Italien losgeschickt werden, die italienische Küstenwache hat sie gerade noch gefunden und über 1.000 Personen gerettet – zu einem Paradebeispiel für ein moralisches Dilemma gekommen: einerseits Seenot oder Ertrinken verhindern, andererseits befeuern diese Rettungsaktionen das Geschäft der Schleuser, die per Satellitentelefon die NATO um Hilfe rufen – dieses Dilemma ist moralisch nicht aufzulösen (ein Argument ist „die Menschen kommen so oder so, auch ohne Rettungsaktionen“). Daraus ergibt sich das Problem, wie die Außengrenzen der EU effektiv geschützt werden, dafür gibt es die Treffen zwischen den Innenministern der EU und Tunesiens, Libyens, von dem aus die klare Botschaft gesendet wurde: „der Weg über Libyen wird schwerer, der Rücktransport erfolgt“ (Zitat).

In den Medien – hier die WELT am Sonntag vom 28.3.2017 – heißt es dann, „die europäische Grenzsicherung wird an die Südgrenze Libyens verlagert“, eine Vorverlagerungsstrategie. Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller hat kürzlich davon gesprochen, dass die zentralmediterrane Route in diesem Jahr 2017 vermutlich nach einer Hochrechnung von 300.000 bis 400.000 Menschen benutzt wird, da reichen dann polizeiliche Maßnahmen nicht aus, sondern wir brauchen einen Marshall-Plan für Afrika!

Engagement der Bundespolizei im internationalen Verbund und bilateral:

- Es begann mit der Zusammenarbeit mit den unmittelbaren Nachbarn, anfangs nur durch Verbindungsbeamte, woraus sich heute ein Netzwerk entwickelt hat, mit gemeinsamen Zentren in Österreich, Frankreich, Tschechien, Polen und Dänemark, die Anfragen zu Personen, Kraftfahrzeugen, Wohnsitzen beantworten – ohne Verzögerung;

- Vorverlagerungsstrategie: bedeutet es erfolgt außerhalb Deutschlands, benötigt werden Schengen- und Urkunden-Kenntnisse, es gibt momentan 103 GUA an 45 Standorten in 17 Staaten, vor allem Italien und dem Westbalkan;
- dazu kommen Dokumenten- und Visaberater (DVB), die Luftfahrtunternehmen und deutsche Auslandsvertretungen bei der Prüfung von Dokumenten beraten, erstmals 2013 eingesetzt, sind es 2016 schon 3150 Personen;
- die grenzpolizeilichen Verbindungsbeamten (GVB) beschäftigen sich mit dem Sammeln, Auswerten und Analysieren von Informationen, organisieren den zwischenstaatlichen Informationsaustausch;
- bilaterale Ausbildungs- und Ausstattungshilfe, im Wert von 3,2 Mio Euro (2016), bekommen 37 Länder mit dem Schwerpunkt auf dem Westbalkan und Nordafrika;
- dazu kommt noch internationales Engagement im Rahmen der UN oder EU, auch bilaterale Projekte wie in Afghanistan, die lokale Polizeikräfte befähigen, ersetzen oder/und aufbauen sollen, im ersteren Falle ohne, sonst mit Vollzugsbefugnis.

FAZIT: Laut Frontex-Direktor Fabrice Leggeri müssen wir 2017 mit mehr Migration als 2016 rechnen.

SCHLUSSFRAGE: WIE VIEL SICHERHEIT BRAUCHE WIR FÜR DEN ERHALT VON FRIEDEN?

EVA DITTRICH, ASS. JUR.